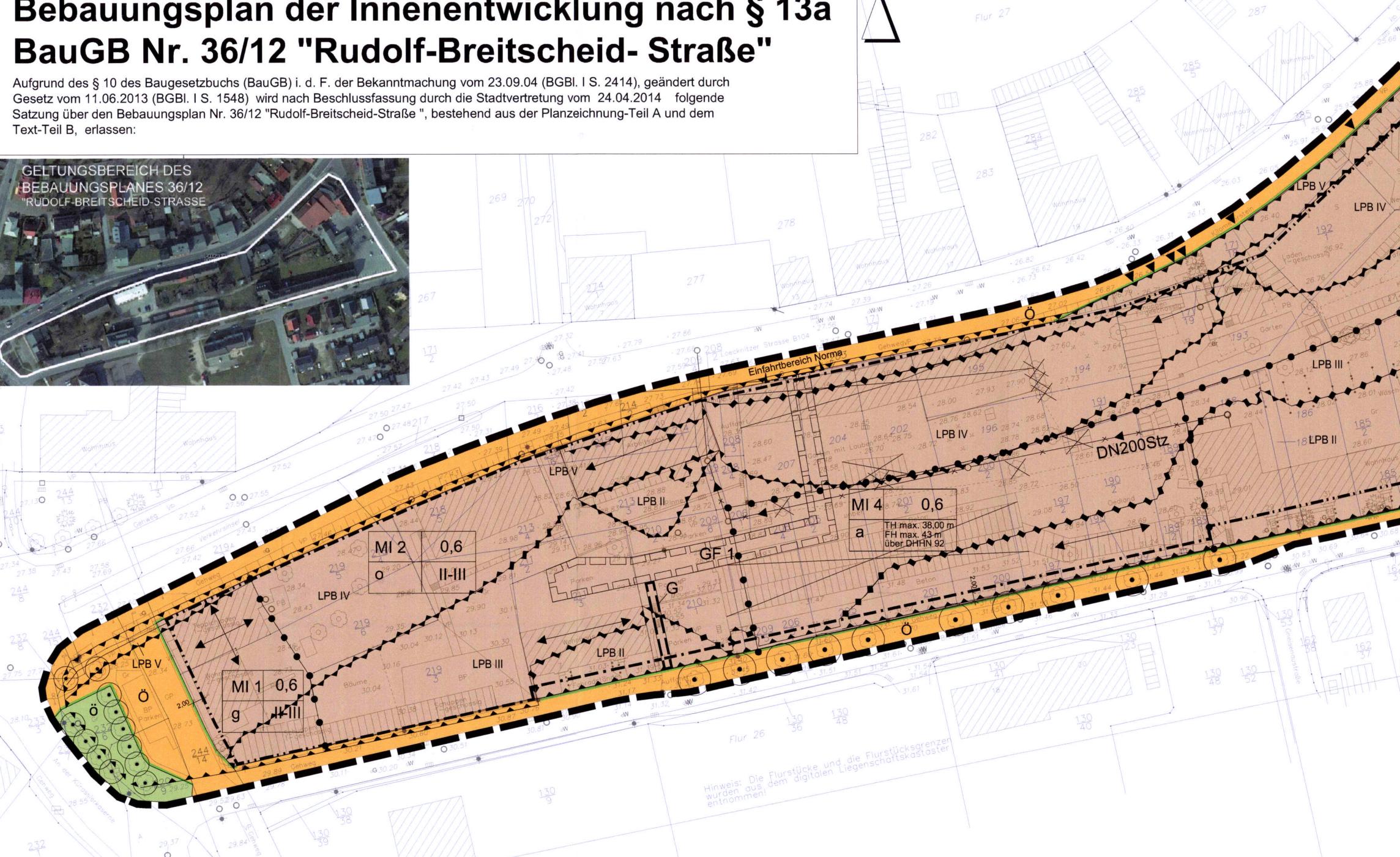
Satzung der STADT PASEWALK über den Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a



VERFAHRENSVERMERKE

Die Stadtvertretung der Stadt Pasewalk hat am 12.04.2012 den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 36/12 "Rudolf- Breitscheid-Straße" gefasst. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Verfahren nach § 13a BauGB vereinfacht ohne Umweltprüfung durchzuführen. Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte ortsüblich durch Abdruck in den "Pasewalker Nachrichten" Nr. 05 am 19.05.2012.

Pasewalk, 21.05. 2014

2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) beteiligt worden.

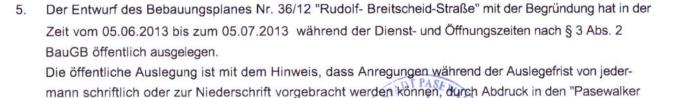
Pasewalk, 21.05. 2014

3. Entsprechend § 2 Abs. 2 BauGB sind die Nachbargemeinden mit Schreiben vom 06.05.2013 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Pasewalk, 21.05, 2014

4. Die Stadtvertretung der Stadt Pasewalk hat am 02.05.2013 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 36/12 "Rudolf- Breitscheid-Straße" mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Pasewalk, 21.05.2014



Pasewalk, 21.05.2014

6. Die von der Planung berührten Behörden und die Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB über die öffentliche Auslegung in Kenntnis gesetzt und zur Abgabe einer Stellungnahme aufge-

Nachrichten" Nr. 05 vom 25.Mai 2013 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Pasewalk 21.05. 2014

fordert worden.

7. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die der Träger öffentlicher Belange am 12.09.2013 geprüft. Die Hinweise und Anregungen der Stellungnahmen wurden berücksichtigt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Pasewalk, 21.05.2014

8. Der Bebauungsplan Nr. 36/12 "Rudolf- Breitscheid-Straße", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am 24.04.2014 von der Stadtvertretung beschlossen. Die Begründung des Bebauungsplanes wurde mit Beschluss der Stadtvertretung der Stadt Pasewalk vom 24.04.2014 gebilligt.

Pasewalk, 21.05. 2014

9. Der katastermäßige Bestand vom Mind als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

HINWEISE

Werden bei Erdarbeiten Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen entdeckt, von denen anzu-

archäologische Funde und auffällige Bodenverfärbungen ist gemäß § 11 DSchG die Untere Denkmal-

Grundeigentümer und zufälligen Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen. Der Fund und die

gang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die Untere Denkmalschutz-

behörde kann im Benehmen mit dem zuständigen Landesamt die Frist im Rahmen des Zumutbaren

verlängern, wenn die sachgemäße Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert.

2. Die Baufeldfreimachung hat außerhalb der Hauptbrutzeit (15.3 bis 15.7.) zu erfolgen.

drei Brutkammern (Kolonienbrüter) an der Fassade des Artenschutzhauses zu montieren.

Fledermaussommerquartiere in den Sommermonaten (Juni/Juli) zu kontrollieren.

Landkreises Vorpommern- Greifswald sofort anzuzeigen.

RECHTSGRUNDLAGEN

(BGBl. I Nr.29 vom 20.06.2013 S.1548)

(GVOBI. M-V S. 777)

unterschiedlicher Exposition montiert werden. (z. B. Südseite und Ostseite).

Fundstelle sind in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zu-

3. Für den Verlust von Fledermauseinzelquartieren sollen an der Fassade des Artenschutzhauses im geplanten

Gewerbegebiet Friedensstraße zwei Fledermausbretter entsprechend Baubuch Fledermäuse (Abb. 12) mit

Für Mehlschwalben (5 Nistplätze) ist an diesem Artenschutzhaus ein künstlicher Dachüberstand anzulegen.

Besatzkontrollen mindestens drei Jahre geprüft. Vogelnistplätze sind in der Brutzeit (Mai, Juni und Juli) und

Sollten sich im Falle von Baumaßnahmen Hinweise auf Altlastenverdachtsflächen oder sonstige schädliche

5. Für den Verlust des Nischen-/Höhlenbrüter- Einzelbrutpaares ist ein Mauersegler geeigneter Nistkasten mit

6. Die Brutplätze sind vor Beginn der Brutperiode funktional anzulegen. Der Besiedlungserfolg wird über

Bodenveränderungen ergeben, sind die weiteren Schritte mit der unteren Bodenschutzbehörde des

8. Sollten bei Erdarbeiten Dränungen oder auch andere Entwässerungsleitungen angetroffen oder zerstört

werden, so sind diese in jedem Fall funktionstüchtig wiederherzustellen. Der Wasser- und Bodenverband

Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert am 11. Juni 2013

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 132),

zuletzt geändert am 11. Juni 2013 durch Art. 2 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den

(BGBI. 1991, Teil I, S. 58, BGBI. III 213-1-6), geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBI. I, S. 1509)

Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) i.d.F. der Bekanntmachung vom

durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden

und weiterer Fortentwicklung des Städtebaurechts (BGBl. I Nr.29 vom 20.06.2013 S.1548)

5. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts

Gesetz über die Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

8. Juni 2004 (GVOBI. M-V 2004 S. 205) GI.Nr. 2020-2, geändert durch Gesetz vom 13.07.2011

Städten und Gemeinden und weiterer Fortentwicklung des Städtebaurechts

(Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV) i.d.F. vom 18. Dezember 1990

(Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl.I S.2542)

Mittlere Uecker- Randow ist zu informieren. Dies gilt auch, wenn die Leitungen zum Zeitpunkt trocken gefallen

nehmen ist, dass an ihrer Erhaltung gem. § 2 Abs.1 DSchG M-V ein öffentliches Interesse besteht, z. B.

schutzbehörde zu benachrichtigen. Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den

Pasewalk, den 11.06.2014

zeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin 10. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 36/12 "Rudolf- Breitscheid-Straße", bestehend aus der Plan-

Pasewalk, 23, 05, 2014

PLANZEICHNUNG (TEIL A)

11. Die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 24.05.2014 ortsüblich bekannt gemacht

In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln in der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§§ 214, 215 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung M-V in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBI. M-V 2011, S. 777) hingewiesen worden. Die Satzung des Bebauungsplanes Nr.36/12 "Rudolf- Breitscheid-Straße" ist mit Ablauf des 24.05.2014 in Kraft getreten.

Pasewalk, 28.05, 2014

PLANZEICHENERKLÄRUNG . Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB § 6 BauNVO § 16 Abs.2 Nr.1 BauNVO Grundflächenzahl § 16 Abs.2 Nr.3 BauNVO Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstmaß TH max 38 m maximale Traufhöhe in Meter über DHHN 92 § 16 Abs.2 Nr.4 BauNVO FH max 43 m maximale Firsthöhe in Meter über DHHN 92 § 9 Abs.1 Nr.2 BauGE 2. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen § 23 Abs.3 BauNVO Baulinie § 23 Abs.3 BauNVO § 22 Abs.2 BauNVO offene Bauweise § 22 Abs.2 BauNVO geschlossene Bauweise § 22 Abs.4 BauNVO abweichende Bauweise Stellung baulicher Anlagen -§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB Ausrichtung der Hauptgebäude § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB 3. Verkehrsflächen öffentliche Verkehrsfläche Straßenbegrenzungslinie (wird, wo sie von Baugrenzen/ Baulinien überlagert wird, nicht dargestellt) Ein- und Ausfahrten 4. Grünflächen öffentliche Grünfläche - Stadtgrün

Einfahrtbereich Norma § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB

§ 9 Abs.1 Nr.21 BauGB 5. Mit Gehrechten zu belastende Flächen mit Gehrechten zu belastende Flächen

4. Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes § 9 Abs.1 Nr.24 und Abs. 4 BauGB Umgrenzung von Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- Immissionsschutzgesetzes und Lärmpegelbereiche

5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

§ 9 Abs.1 Nr.25 BauGB Erhaltung: Bäume

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten § 1 Abs.4, § 16 Abs. 5 BauNVO oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung

§ 9 Abs.7 BauGB

7. Darstellungen ohne Normcharakter

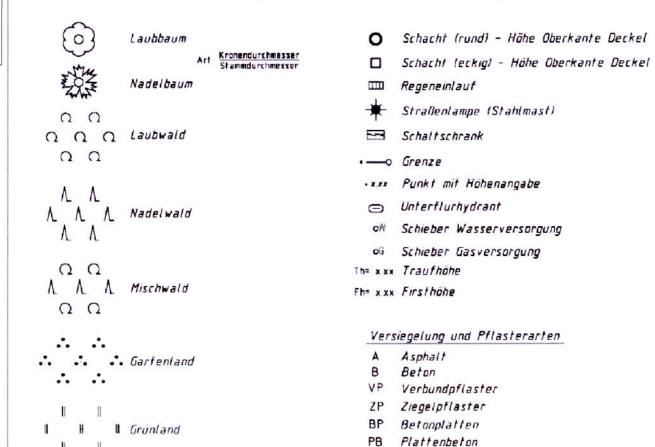
·•O Gebüschfläche

Gemessen am: September 2012

Unterschrift

Nutzungsschablone Baugebiet Grundflächenzahl Hauptgebäude / Nebengebäude Abbruch Gebäude

◆×○ × Schmutzwasserleitung DN 200 Stz - Abbruch und Neuverlegung



Lage- und Höhenplan mit Katastergrenzen Gemarkung: Pasewalk Jemeinde: Pasewalk Flurstück: diverse

FP Feldsteinpflaster

Maßstab

GP GroApflaster

KP Kleinpflaster

B-Plangebiet zwischen Löcknitzer Straße und Rudolf-Breitscheid-Straße A Z: 278/12 Bauherr / Antragsteller: Stadt Pasewalk Haußmannstraße 85 17309 Pasewalk

Lagesystem: 42/83

Ausgefertigt am: 08.10.2012 Höhensystem: DHHN 92 Dieser Plan ist urheberrechtlich geschützt! Es kann keine Garantie übernommen werden, dass das Grundstück frei von unterirdischen Eintragungen von Daten sind nur mit Zustimmung eitungen und Bauwerken ist! les Herausgebers gestattet!

Dipl. Ing. (FH) Petra Zeise Telefon: (03973) 2075-0 Fax: (03973) 2075-19

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- 1. Art und Maß der Nutzung
- .1 Im Mischgebiet gilt der § 6 der BauNVO
- Im Mischgebiet sind Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten nicht zulässig. (§ 6 und § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO).
- 1.2 Im Mischgebiet MI 3 sind sonstige Gewerbebetriebe nicht zulässig. § 1 Abs. 5 BauNVO 1.3 Innerhalb des Mischgebietes sind Einzelhandelsbetriebe mit sonstigen zentrenrelevanten Sortimenten der Pasewalker Sortimentsliste laut Einzelhandelskonzept der Stadt Pasewalk vom Januar 2012 (siehe
- Begründung Punkt 4.3) nicht zulässig. § 9 Abs. 2a BauGB, § 1 Abs. 9 BauNVO 1.4 Nahversorgungsrelevante Sortimente entsprechend der Pasewalker Sortimentsliste (siehe Begründung

Erweiterung des Getränkemarktes ist um die vorhandene Verkaufsfläche des ehemaligen

- Punkt 4.3) sind nur bis zu einer Verkaufsfläche bis maximal 800 m² zulässig. §9 Abs. 2a BauGB 1.5 Für den Getränkemarkt in der Straße Am Luisenplatz im MI 2 gilt der erweiterte Bestandsschutz. Eine
- NORMA-Marktes bis zu einer maximalen Verkaufsfläche von 645 m² zulässig. § 1 Abs. 10 BauNVO 1.6 Die Errichtung von Garagen, überdachten Stellplätzen und Nebenanlagen (untergeordnete Nebenanlagen i. S. von § 14 BauNVO), die Gebäude sind, ist erst im Abstand von 15 m zur Baulinie/Baugrenze zulässig (§ 12 Abs. 6, § 14 Abs. 1 und § 23 Abs. 5 BauNVO).
- 2. Bauweise § 22 Abs. 4 BauNVO
- 2.1 In der abweichenden Bauweise sind Gebäude mit einer Länge bis zu 80 m zulässig. Ansonsten gilt die
- 3.0 Fläche mit Geh- und Fahrrechten § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB
- 3.1 Innerhalb der Fläche G und GF 1 besteht das Gehrecht zu Gunsten der Allgemeinheit. 3.2 Innerhalb der Fläche GF1 besteht das Fahrrecht zu Gunsten der hinten anliegenden
- 4.0 Massnahmen zum Schutz vor Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutz-§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB
- 4.1 Innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen - LPB- sind für Außenbauteile der Gebäude folgende Mindest-Schalldämm-Maße R' w ,res zu verwirklichen:

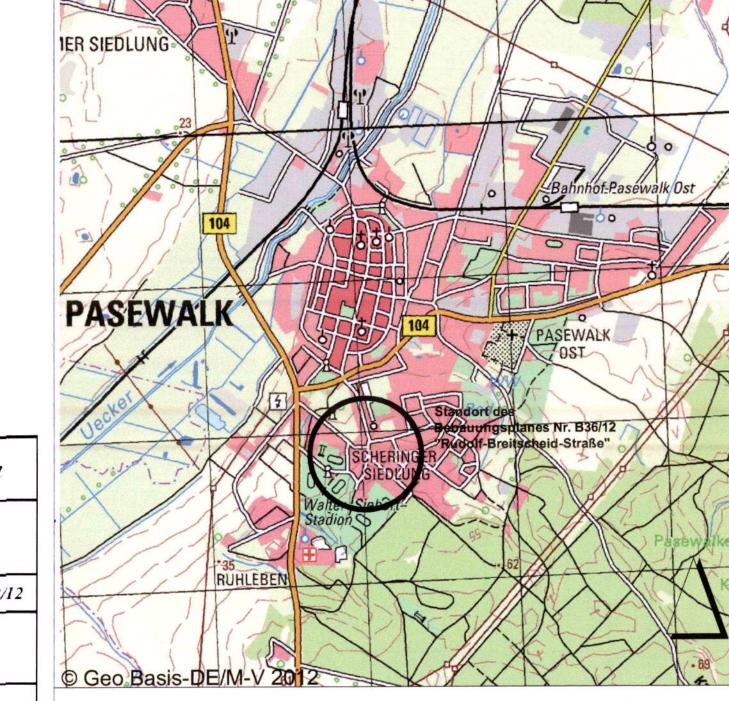
Lärmpegelbereich	(Wand+Fenster bzw. Wand+Dach+ Fenster)	
	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliches	Büroräume und ähnliches
LPB II	30 dB	30 dB
LPB III	35 dB	30 dB
LPB IV	40 dB	35 dB
LPB V	45 dB	40 dB

Mindest-Schalldämm-Maße R wres in dB der Außenbauteile

- 4.2 An Außenbauteilen von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt. (u. A. Bäder, Hausarbeitsräume)
- 4.3 Die Anforderungen an die Schalldämmung gelten auch für Decken von Aufenthaltsräumen, die zugleich den oberen Gebäudeabschluss bilden, sowie für Dächer und Dachschrägen von ausgebauten Dachräumen. Bei Decken unter nicht ausgebauten Dachräumen und bei Kriechböden sind die Anforderungen durch Dach und Decke gemeinsam zu erfüllen.
- 4.4 Im Bereich von lärmzugewandten Fassaden, die sich innerhalb der Lärmpegelbereiche größer II befinden, dürfen keine Übernachtungsräume angeordnet werden. Ist eine lärmabgwandte Orientierung von Übernachtungsräumen nicht möglich, sind sie mit einer aktiven schallgedämmten Lüftungseinrichtung auszustatten. Die schallgedämmten Lüfter sind beim Nachweis der erforderlichen Schalldämm-Maße im

STADT PASEWALK

Landkreis Vorpommern-Greifswald



Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB Nr. 36/12 "Rudolf- Breitscheid-Straße"

Auftraggeber: A & S GmbH Neubrandenburg Stadt Pasewalk Haussmannstraße 85 17309 Pasewalk Maßstab: Dipl.-Ing. Marita Klohs Datum: April 2014

Architekt: E-Mail: zeise@vermessung-zeise de Projektnummer \ Pfad: 2012B039/40/Satzung24-04-14.dwg